

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

29.10.1869 (No. 254)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 29. Oktober.

N. 254.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.

1869.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen auf die Monate November und Dezember der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

† Galtaro, 26. Okt. Abends Das Kanonenboot „Streiter“ beschoss mit Erfolg die Insurgenten vor Budua. Dieselben bieten ihre Unterwerfung an. Oberst Jovanovich wurde in einem der letzten Gefechte verwundet.
† Brüssel, 26. Okt. Bei den Kommunalwahlen in Antwerpen hat die liberale Partei mit einer Majorität von ungefähr 100 Stimmen gesiegt. In Lüttich dagegen sind die liberalen Kandidaten gewählt worden.

Deutschland.

Karlsruhe, 28. Okt. Es wird uns aus Baden mitgeteilt, daß Ihre Maj. die Königin Augusta von Preußen heute Mittag um 12 Uhr von dort abgereist ist. J. K. H. H. der Großherzog und die Großherzogin begleiteten die Königin zum Bahnhof, wo viele Personen versammelt waren, um sich von Ihrer Majestät zu verabschieden. Die Königin begibt sich zunächst nach Koblenz.

Speyer, 26. Okt. Wie der „Speyer. Anz.“ vernimmt, wird die protestantische General Synode der Pfalz voraussichtlich auf den 21. Nov. d. J. einberufen werden.

München, 26. Okt. (S. M.) Die Wahlagitatio n arbeitet im jetzigen Stadium der Bewegung an der Peripherie bei den Urwählern. Die Apostel der Ultramontanen wandern von Dorf zu Dorf, ihre Gläubigen zu stärken und festzuhalten, in den Städten veranstaltet man Volksversammlungen, vornehmlich um die Gleichgültigen aus ihrer Indifferenz zu reizen. Hier in München will der ungeliebte Hader und die Eifersucht zwischen den liberalen Parteien nicht zur Ruhe kommen, während die sogenannten „Patrioten“ still aber mit Macht für sich werben und hegen. Möge man sich nicht täuschen über das, was der Ultramontanismus und der Partikularismus in der bayerischen Hauptstadt noch immer vermögen, möge man mit einigen Kräften diesen Feinden sich gegenüberstellen, es könnte sonst leicht der Sieg trotz alledem und alledem ihnen beimgen zu Theil werden.

Berlin, 27. Okt. (K. Ztg.) Der König ertheilte heute Hr. v. d. Heydt eine Abschieds Audienz, ebenso dem Gesandten Arnim vor dessen Abreise nach Rom. Am 12 1/2 Uhr hatte der neue Finanzminister Camphausen seine Antritts Audienz. Die Reise des Königs nach Blankenburg zur braunschweigischen Jagd findet nicht statt.

* Berlin, 27. Okt. Einem Gerücht zufolge hätte Graf v. Helldorf abgedankt und wäre Hr. v. Dechend zu seinem Nachfolger ernannt worden. Auch von der Abdankung Hr. v. Mühlver's wird gesprochen. Graf Bismarck wird heute Abend hier eintreffen.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordneten Hauses, über deren ersten Theil bereits berichtet worden ist, wurden die beiden, bezüglich der Eisenbahn Prämienanleihe gestellten und von dem für die Schlussberatung genannten Referenten beschriebenen Anträge dahin angenommen, daß das Haus 1) erklärt: daselbst die von der k. k. Staatsregierung beabsichtigte Konzeption einer Prämienanleihe zu dem Betrage von 100 Mill. Thln. mit dem Staatswohle für nicht vereinbar hält — und daß es 2) die Staatsregierung aufforderte, daß sie zu erklären, daß die Frage der Staatshaftigkeit von Prämienanleihen auf dem Wege der Bundesgesetzgebung geregelt, und daß womöglich bis hierdurch festgestellten Normen demnach auf dem Wege des Vertrages auch auf die süddeutschen Staaten, ausgedehnt werden; bis zum Zustandekommen dieses Bundesgesetzes Prämienanleihen auch nicht zu konfiszieren und die verbündeten Regierungen zu einem gleichen Verhältnisse zu veranlassen. — In der Abstimmung dieser Anträge ging Abg. v. Sybel offenbar zu weit, wenn er die Annahme derselben gleichbedeutend erklärte mit einer Schuldigung des Reichswirtschafts und des Staatstredits. Darauf konnten der Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) sowohl, welcher seine Ansichten bezüglich der in einem Bundesgesetz für die Emission von Prämienanleihen anzustellenden Normativbedingungen entwickelte, als auch der Antragsteller des ersten Antrages, Dr. Löwe, sowie der Referent Abg. v. Hennig, treffend und leicht erwidern. Auch der Handelsminister nahm noch einmal zum Schluß der Debatte das Wort, ohne aber die bestimmte an ihn gerichtete Frage zu beantworten, ob die Regierung sich bereits definitiv gegen das vorliegende Anleiheprojekt entschieden habe. Er erklärte nur, daß die preussische Regierung nicht die Macht habe, bis zum Zustandekommen des verlangten Bundesgesetzes jede Emission von Prämienanleihen in einem andern Bundesstaate zu verhindern. Die Annahme des ersten Antrages erfolgte gegen wenige Stimmen, die des zweiten mußte erst durch Gesämpfe entschieden werden. Schluß der Sitzung.

Berlin, 27. Okt. Dem bisherigen Finanzminister v. d. Heydt ist durch k. k. Kabinettsordre vom 26. Okt. die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt und zugleich der bisherige Präsident der Seehandlung, Wirkl. Geh. Rath Camphausen, zum Finanzminister ernannt worden. Wie verlautet, hat der König außer dieser heute bereits veröffentlichten

Kabinettsordre an den Herrn v. d. Heydt auch noch ein eigenhändiges Schreiben gerichtet, worin Se. Maj. mit warmen Worten sich namentlich anerkennend über die Dienste ausspricht, welche der scheidende Minister in der kritischen Zeit von 1866 geleistet habe. Der Rücktritt des Herrn v. d. Heydt findet seine Erklärung in allgemeinen politischen Motiven. Dem Vernehmen nach hat das Gesamtverhalten des Landtags zu den Finanzfragen den Minister bewogen, sein Amt niederzulegen. Insbesondere soll das Auftreten der konservativen Partei gegen die zur Deckung des Defizits beantragte Steuerzuschläge bei ihm den Ausschlag gegeben haben. Hr. v. d. Heydt erblühte im Abgeordnetenhaus für seine Vorlagen nirgend eine wirksame Unterstützung. Die Verhandlungen mit dem Geh. Rath Camphausen in Betreff der Uebernahme des Finanzministeriums sind im Auftrage des Königs vom Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg, geführt worden. Wegen Unwohlseins konnte der Präsident der Seehandlung nicht zu persönlicher Audienz im königl. Palais erscheinen. Neben Hr. Camphausen ist als Kandidat für den wiederzubehaltenden Ministerposten ernstlich nur der Oberpräsident der Provinz Posen, Graf v. Königsmark, in Betracht gekommen. Der Graf hat sich in jüngster Zeit einige Tage hier aufgehalten und ist heute nach Posen zurückgekehrt. Es waren Verhandlungen mit ihm angeknüpft. Uebrigens wird berichtet, daß in Bezug auf den Personenwechsel im Finanzamt das Staatsministerium mit dem Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck fortwährend in Benehmungen gestanden habe. An Stelle des ausgeschiedenen Herrn v. d. Heydt ist der interimistische Vorsitz im Staatsministerium nunmehr dem Kriegsminister v. Moos als dem im Amte ältesten Kabinettsmitgliede übertragen.

Die Budgetberatung des Abgeordneten Hauses wird am nächsten Freitag ihren Anfang nehmen. Ein weiterer Ausschub dieser Beratung erscheint aus Anlaß des Ministerwechsels nicht erforderlich. Wie verlautet, sind die Führer der meisten Abgeordneten-Fraktionen darin einverstanden, die allgemeine Debatte über den Staatshaushalt-Etat möglichst zu beschleunigen, alle Fragen aber, welche die Deckung des Defizits betreffen, bis dahin zu verschieben, wo nach Durchberatung der einzelnen Budgettitel das zusammenfassende Etatsgesetz zur Erörterung kommt. Der §. 2 dieses Gesetzes handelt von der Deckung des Defizits. Auch ist es im Vorschlage, diesen Paragraphen des Etatsgesetzes an die Budgetkommission zu überweisen, damit der neue Finanzminister Gelegenheit erhalte, nach gründlicher Erwägung seine Anschauungen über die finanzielle Lage und über die Mittel zu deren Besserung desto eingänglicher darzulegen. Von solcher Vorberatung in der Kommission erwartet man außerdem die Anbahnung einer Verständigung zwischen allen gemäßigten Parteien über die schwebenden Finanzfragen und dadurch eine Abkürzung der bezüglichen Plenarverhandlungen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 28. Okt. (Bayer. L. Z.) Die Stimmung ist gegenwärtig eine höchst unbehagliche. Auch in den Regierungskreisen verhehelt man sich nicht, daß die Verfassungswirren eine bedenkliche Höhe erreicht haben, daß irgend etwas geschehen muß, um dem Chaos, welches durch die Haltung der Landtage herbeigeführt wurde, ein Ende zu machen. Der Landtag von Krain, dessen Majorität sich eben anschiebt, ein „slovenisches Königreich“ zu verlangen, ist plötzlich geschlossen worden, und man will hierin den ersten energischen Schritt der Regierung erkennen. Allein es fehlt nicht an Stimmen, welche darin nur eine halbe Maßregel erblicken und behaupten, die Auflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen wäre besser gewesen, weil die Opposition in der bloßen Schließung nur die Tendenz sehe, sie mündtödt zu machen. Dem Landtage von Tirol steht dasselbe Schicksal bevor; er wird hienächst geschlossen werden, noch ehe er dazu kommt, das beantragte Tadelvotum über die Staatsgrundgesetze und die gegenwärtige Regierung auszusprechen. In Böhmen ist die staatsrechtliche Opposition bereits auf einem Punkte angelangt, wo es absolut keine Aussicht auf Verständigung mehr gibt. Dort ist die Verfassungsfrage keine Rechtsfrage, sondern eine Machtfrage, die dem Reiche gestellt wird. Man schenkt sich dort nicht, auszusprechen, daß die Herrschaft der Habsburger von der Befriedigung der tschechischen Opposition abhängt; man appellirt an die Krone und droht ihr zugleich. Der Wahnsinn der ultra-tschechischen Presse geht bereits so weit, daß sie die in Dalmatien ausgebrochene Insurrektion eines unwillkürlichen slavischen Volksstammes als willkommenes Mittel begründet, eine PreSSION auf die Regierung und die Verfassungspartei auszuüben. In Polen sind die Gemäßigten, die Anhänger Biemialkowski's, bei den Wahlen den Anhängern Smolka's unterlegen. Biemialkowski ist nicht wieder gewählt worden. Welche Verwirrung muß sich des Volkes dort bemächtigt haben, daß es einen Mann fallen läßt, der sich als Patriot in ganz anderer Weise bewährt hat, als der Wauheld Smolka! Ohne Zweifel werden die polnischen Abgeordneten wieder im Reichsrathe erscheinen; aber ihr Auftreten wird ein ganz anderes, weit weniger gemäßigtes sein, als früher. So sieht es in der Provinz; in Wien verhält sich die Bevölke-

rung apathisch, der Streit wogt nur in der Presse hin und her. Die feudalen und klerikalen Blätter predigen fort und fort, das Bürgerministerium müsse befeitigt werden, denn es sei regierungsunfähig. Die beiden großen Blätter, neue und alte „Presse“, haben sich auf zwei verschiedene Standpunkte gestellt; erstere erklärt sich für striktes Festhalten an der Dezember Verfassung und höchstens für Wahlreform; die zweite verlangt Revision der Verfassung, um der Opposition Gelegenheit zu geben, sich am konstitutionellen Leben wieder zu betheiligen. Die demokratischen Blätter beginnen ein ganz neues Thema, ein revolutionäres, anzuschlagen, sie verlangen eine Konstituante. Die Wiener Presse ist nichts als ein trüber Spiegel der Vorgänge in der Provinz. Diesem Chaos gegenüber scheint der Gistache Plan, mittelst direkter Wahlen aus den Gruppen den Reichsrath zu regenerieren, ein ohnmächtiges Flickwerk, und nichts ist glaubwürdiger, als das Gerücht, das Ministerium werde die Wahlreform ganz fallen lassen. Aber was dann? Was soll geschehen, dem Chaos ein Ende zu machen und den inneren Frieden herzustellen? Was gedenkt das Ministerium zu thun? Gegenwärtig hat es den Anschein, als wüßte es das selbst noch nicht.

Wien, 27. Okt. (N. Fr. Pr.) Vor den Landtagen, obwohl sie in ein paar Tagen auseinandergehen, sind noch einige bedeutsamere Manifestationen zu gewärtigen. Namentlich steht eine Adresse des böhmischen Landtages in Aussicht, welche als eine Abwehr der tschechischen Präntionen anzusehen sein wird. In der Wahlreform-Frage hat im Tiroler Landtage die ultramontane Majorität die direkten Wahlen perhorreszirt; dieselbe Haltung hat der Bukowinaer Landtag angenommen. Der galizische Landtag soll noch bis 6. November verlängert werden.

Es fehlt auch heute an neueren Nachrichten über die Vorgänge in Dalmatien. Aus Ragusa vom gestrigen Abend wird telegraphirt, daß Fort Dragali noch immer nicht entsetzt sei. Andern Nachrichten zufolge sollten die Operationen gegen die Aufständischen vorgehen im größeren Maßstab beginnen, was jedoch noch nicht der Fall gewesen zu sein scheint. Jedenfalls wird man in den nächsten 24 Stunden wichtigen Nachrichten entgegensehen dürfen.

Brag, 26. Okt. (N. Fr. Pr.) Bielsky nahm die Wahl zum Bürgermeister vorbehaltlich der kaiserl. Bestätigung an. Letztere ist zweifelhaft.

Frankreich.

Paris, 26. Okt. (Köln. Z.) Der heutige Tag ist ohne alle Ruhestörung vorübergegangen. Das Wetter war bis 1 Uhr, bis zu welcher Stunde es von 9 Uhr an ohne Aufhören regnete, einer Rundgebung übrigens nicht günstig, worauf sich der Himmel aber dann aufklärte. Die Arbeiterfaubourgs waren vollständig ruhig und hatten ihr gewöhnliches Aussehen. Wenn die Polizeidiener dort nicht zahlreicher — sie gingen immer in Gruppen zu vier Mann — als an den gewöhnlichen Tagen gewesen wären und nicht alle Wachtposten bedeutende Verstärkungen erhalten hätten, so würde man nicht glauben können, daß man ganz außerordentliche Ereignisse in Paris erwarte. Was die Haltung der Arbeiter der Faubourgs anbelangt, so ist dieselbe eine höchst friedliche. Zum wenigsten bemerkt man äußerlich nicht die geringste Spur von einer Aufregung. Der Concordia-Platz hatte bis 12 Uhr ein heimeches Aussehen. Erst dann fanden sich einige Polizeidiener und eine gewisse Anzahl blauer Blousen ein, die aber alle äußerst verdächtige Gesichter hatten. Es schienen geheime Agenten zu sein; sie sollen nämlich diesmal statt weißer blaue Kittel tragen und zu mehreren Tausend vorhanden sein. Bis 1 Uhr kam es aber nicht zur geringsten Rundgebung. Um diese Zeit jedoch kam ein sehr alter Mann mit eisgrauem Bart an dem Obelisken an. Es war der schon viel genannte, halb närrische Gagne, der nämlich in allen Blättern angefündigt, daß er sich am 26. um 1 Uhr an den Obelisken begeben werde, um die Auflösung des Gesetzgeb. Körpers auszusprechen. Er war ganz allein. Nur ein junger Mann, der sein Entsch. zu sein schien, begleitete ihn. Schlag 1 Uhr lehnte sich Gagne mit dem Rücken an das Gitter, das den Obelisken umgibt, und begann, das Gesicht nach den Tuilerien gerichtet, die versprochene Rede. Ungefähr 50 Leute hatten sich um ihn versammelt, aber er sprach in so extravaganter Weise, daß ihn Niemand verstand. Man hörte nur: „C'est le peuple, qui fait la loi.“ Die Menge hörte ihm zuerst ruhig zu und brach dann in lautes Gelächter aus. Plötzlich erschien nun ein Polizeidiener, der Gagne aufforderte, die öffentliche Ruhe nicht zu stören. Derselbe wollte zuerst Widerstand leisten, da aber der Polizeidiener ihn nochmals ernstlich aufforderte, den Platz zu räumen, so gab er nach und ging ruhig seiner Wege. Die ganze Szene hatte ungefähr 5 Minuten gedauert. Der Gesetzgeb. Körper war wie gewöhnlich geöffnet und die Journalisten hatten dort freien Zutritt. Von Abgeordneten fanden sich jedoch nur vier ein, nämlich Dupré de la Fauconnerie, Bournet, de Guillelot und Gallay de St. Paul; alle Mitglieder der ehemaligen Majorität. Die Neugewählten, die sich nach und nach, jedoch nur in geringer Zahl, dort eingefunden hatten, machten gar keine Demonstration; nur acclamirten sie einmal einem schon altlichen Herrn, einem

legitimistischen Journalisten, welchen sie für Raspail hielten. Gegen 2 Uhr wurde es auf dem Place de la Concorde, wo die Menge um diese Zeit ziemlich zahlreich geworden war, plötzlich sehr lebhaft. Alles stürzte nach den Tuilerien hin. Es war nämlich bekannt geworden, daß der Kaiser sich dort zeige. Derselbe ging jedoch nicht in dem Theil des Gartens spazieren, welcher dem Publikum geöffnet ist, sondern auf der Terrasse, welche nach der Wasserseite hin liegt und für die kaiserliche Familie reservirt ist. Später fuhr dann der Kaiser aus. Obgleich die Menge in Folge dessen in dem Tuileriengarten und in der Rue Rivoli ziemlich angewachsen war, so ließ sie die Polizei doch ruhig gewähren. Nur wurde Niemand auf die Wälle zugelassen, welche bekanntlich einen Theil des Tuileriengartens umschließen. Die Zugänge zu denselben waren von zahlreichen Schildwachen besetzt. So die Vorgänge des heutigen Tages. Die gewaltigen militärischen Vorbereitungen sind also bis jetzt ganz unnütz gewesen, und die 80- bis 90,000 Mann, die man in und um Paris konzentirt, werden nichts zu thun bekommen. Es ist übrigens ein Glück, daß es zu keinem Konflikt gekommen ist, denn man würde dieses Mal die Polizeidiener sofort zurückgezogen und die Truppen gegen die Ruhestörer vorgehört haben. Die Polizeidiener hatten nämlich Befehl, sich sofort auf den nächsten Posten zurückzuziehen, und es den Truppen zu überlassen, die Zusammenrottungen aus einander zu treiben. In der Nähe der Kammer waren keine Truppen aufgestellt. Aber im Palais de l'Industrie befanden sich einige Tausend Mann nebst zwei Batterien. Auch die Kaserne in der Nähe des Boulevard Hauffmann war voll Truppen. Dort lag auch ein Garderegiment, welches letzte Nacht aus Courbevoie eingetroffen ist.

*** Paris, 27. Okt.** Der Kaiser ist heute Nachmittag 3 Uhr wieder nach Compiègne zurückgekehrt.

Der Senator Conti, Kabinettschef des Kaisers, ist seit gestern wieder von seiner Reise nach Italien, wohin ihn nach der „France“ eine „fromme Pflicht“ rief, zurückgekehrt. — Der Erzbischof von Paris, Mgr. Darbois, wird, wie es jetzt heißt, am 15. Novbr. seine Reise nach Rom zum Konzil antreten.

Prinz Napoleon ist vorgestern Abend nach Paris zurückgekehrt.

Dem „Aven. Nation.“ zufolge wäre im heutigen Ministerialrathe beschlossen worden, das Datum der Einberufung der Kammer für den 29. Oktbr. festzuhalten. — Dasselbe Blatt schreibt: „Die Synodalkammer der Modewaren-Kommission bittet uns, anzuzeigen, daß die Eröffnung der Kooperativhäuser, in denen die Konsumenten den harten Bedingungen der Spekulation nicht ausgesetzt sind, in kurzem stattfinden wird.“ — Kente 71.65, Cred. mob. 206.25, ital. Anl. 53.67.

Spanien.

Madrid, 27. Okt. Der „Imparcial“ glaubt, daß die Versammlung der Majorität, um über die Wahl eines Thronkandidaten zu diskutieren, weder heute noch morgen stattfinden wird.

Niederlande.

*** Haag, 27. Okt.** Man telegraphirt dem „Wagner. tel. Korr.-Bür.“: Baden hat neue Schritte zur Wiederaufnahme der Rheinschiffahrts-Konferenz gethan, welche in Folge der Opposition Hollands abgebrochen wurde.

Rußland und Polen.

Der „Mostau. Ztg.“ wird von Odesa telegraphirt, der Großfürst Michael und der Prinz Alexander von Hessen würden sich nach Egypten begeben, um den Festlichkeiten am Suezkanal beizuwohnen.

Großbritannien.

*** London, 26. Okt.** Die von uns gemeldeten Ernennungen des bisherigen Ministers für öffentliche Bauten, Hrn. Layard, zum Gesandten in Madrid, und Hrn. Ayrton, des bisherigen Sekretärs beim Schatzamte, zum Minister für Bauten bestätigen sich, und es ist noch hinzuzufügen, daß die Stelle als Sekretär beim Schatzamte dem bisherigen dritten Lord des Schatzes, Hrn. Stansfeld, zufällt. Bei der Bildung des Kabinetts Gladstone war die Stelle als dritter Lord beim Schatzamte für ihren bisherigen Träger eigens geschaffen worden, was damals auf Seite der Opposition starken Tadel hervorrief. Mit Hrn. Stansfeld's Vereinerung soll der Posten daher auch wieder eingehen.

Die Agitation gegen die Grundbesitzer in Irland nimmt immer größere Dimensionen an und der Trost der Pächter auf ihre vereinte Kraft tritt in Folge dessen selbst gegen beliebte Gutsbesitzer zu Tage. Dem Grafen de Larnac auf Thomastown Castle, der auf seinen Gütern ansässig ist und im Ganzen bisher bei dem Landvolke sehr gut angeschrieben stand, wurde in diesen Tagen ein Drohbrief zugesandt, obgleich Niemand Grund zur Beschwerde gegen ihn hatte. Er versammelte daher seine Pächter, Hirten und Tagelöhner am letzten Samstag, las ihnen den Drohbrief vor und knüpfte daran eine Erklärung. „Es könnte angenommen werden — bemerkte er darin — daß dieses Schreiben sich auf das durch den Tod von Thomas Burns freigewordene Pachtgütchen im Dorfe Thomastown bezieht. Die näheren Verhältnisse hinsichtlich desselben sind zwar ziemlich allgemein bekannt, ich habe dieselben jedoch schriftlich niedergelegt und werde sie hier verlesen. Aus dem Berichte des Grafen geht hervor, daß jenes Pachtgütchen im Betrage von 14 Acres im Jahre 1835 auf lebenslängliche Pacht an einen gewissen Thomas Burns übertragen wurde, der i. J. 1868 in Amerika seinen Tod fand. Ein Pächter Namens Nylan hatte während der 2 Jahre vorher den Boden bestellt und die Ernte eingeheimst, und als ihm angedeutet wurde, er habe das Gut jetzt zu räumen, weigerte er sich zuerst, gab jedoch später seine Einwilligung unter der Bedingung, daß man ihn auch die Ernte für 1869 einbringen lasse. Nachdem man ihm dieses eingeräumt und er die Ernte geerntet hatte, weigerte er sich abermals, das Land aufzugeben, und der Graf leitete gerichtliche Schritte ein.

Am 18. stellte sich Nylan bei dem Rentmeister des Grafen ein und erklärte, er werde nicht weichen, und am 19. ging der Drohbrief ein.“ Graf de Larnac ermahnte schließlich die versammelten Pächter und Arbeiter in ihrem eigenen Interesse, sich zu keinen schlimmen Thaten verleiten zu lassen, aber obgleich man ihm aufmerksam zuhörte, wurde ihm doch keine befriedigende Antwort zu Theil.

Heute zum ersten Mal seit Vertagung des Parlaments tritt das Cabinet zu einem Conseil zusammen, um über die der nächsten Session zur Lösung vorbehaltenen Fragen — in erster Reihe die irischen Pachtgesetze — zu berathen. Die Mehrzahl der Minister ist bereits in der Hauptstadt eingetroffen, und die Uebrigen — Hr. Gladstone, Hr. Childers und Hr. Chichester Fortescue — werden im Laufe des Vormittags hier erwartet.

Amerika.

Havanna, 25. Okt. Es ward ein Dekret veröffentlicht, welches unbeschränkte Religionsfreiheit auf Cuba und Portorico proklamirt.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 28. Okt. Zum besseren Verständniß der heutigen Berathung über den Gesetzentwurf, „die Aenderung einiger Bestimmungen der Verfassungsurkunde betr.“, lassen wir diesen in Nr. 231 d. Bl. bereits abgedruckten Entwurf nochmals folgen unter Beisehung der von der Kommission beantragten Aenderungen:

1) Entwurf eines Gesetzes, die Aenderung einiger Bestimmungen der Verfassungsurkunde betreffend.

Art. I. § 36 der Verfassung wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt: „Alle übrigen Staatsbürger, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und in dem Wahlbezirke ihren Wohnsitz haben, sind — vorbehaltlich der besonderen gesetzlichen Ausnahmen — bei der Wahl der Wahlmänner stimmfähig und wählbar.“

Art. II. In § 37 der Verfassung wird der erste Absatz dahin abgeändert: „Zum Abgeordneten kann ohne Rücksicht auf Wohnort ernannt werden jeder Staatsbürger, der das 30. Lebensjahr vollendet hat und die Wählbarkeit zum Wahlmann besitzt.“

Art. III. Nach § 40 der Verfassung wird als 40 a. folgende Bestimmung eingeschaltet: „Wenn ein durch Wahl ernanntes Mitglied einer Kammer ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Staatsdienst in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höherer Gehalt verbunden ist, so verliert er Sitz und Stimme in der Kammer und kann seine Stelle in derselben nur durch neue Wahl wieder erlangen.“

Art. IV. In § 45 der Verfassung werden die Worte: „Die Zweite Kammer wählt für die Präsidentenstelle drei Kandidaten, wovon der Großherzog für die Dauer der Versammlung einen bestätigt“ durch folgende Bestimmung ersetzt: „Die Zweite Kammer wählt selbst ihren Präsidenten.“

Art. V. § 65 der Verfassung erhält folgenden Zusatz: „Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, steht dem Großherzoge, sowie jeder Kammer zu.“

(Statt dessen beantragt die Kommission, den Art. 65 der Verfassung unverändert zu lassen und den in dem Entwurf beantragten Zusatz zu § 65 als selbständigen § 65 a. nach § 65 einzufügen.)

Art. VI. Die §§ 70, 71, 72, 73 der Verfassung werden aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt: „Die Annahme eines Gesetzentwurfs, sowie die Ablehnung eines landesherrlichen Gesetzesvorschlages können in jeder Kammer, sofern nicht eine Vorberathung in einem besonderen Ausschusse stattgefunden hat, nur auf Grund einer zweimaligen, durch eine Zwischenzeit von mindestens drei Tagen getrennten Berathung und Abstimmung erfolgen. Ein von der einen Kammer an die andere gebrachter Gesetzentwurf oder Vorschlag irgend einer Art kann, wenn er nicht Finanzgegenstände betrifft, mit Verbesserungsvorschlägen an die andere Kammer zurückgegeben werden.“

(Die Kommission beantragt hier folgende Aenderung: „Die Annahme eines Gesetzentwurfs, sowie die Ablehnung eines landesherrlichen Gesetzesvorschlages können in jeder Kammer sowohl nach stattgefundener Vorberathung in einem besonderen Ausschusse, als auch ohne solche erfolgen, letzteres aber nur auf Grund einer zweimaligen.“)

Art. VII. In § 74 wird der zweite Absatz, dahin lautend: „Man stimmt ab mit lauter Stimme und den Worten: Einverstanden! oder Nichteinverstanden! Nur bei der Wahl der Kandidaten für die Präsidentenstelle der Zweiten Kammer, der Ausschussmitglieder, und der Mitglieder der Kommission entscheidet relative Stimmenmehrheit bei geheimer Stimmgebung“ — durch folgende Bestimmung ersetzt: „Die Stimmenzahl und das Verfahren bei den von den Kammern vorzunehmenden Wahlen wird neben der in § 51 der Verfassungsurkunde enthaltenen Vorschrift durch die Geschäftsordnungen geregelt.“

(Hier beantragt die Kommission statt „neben“ zu setzen: „unbeschadet“.)

Art. VIII. § 76 der Verfassung wird durch folgende Bestimmung ersetzt: „Die Minister und Mitglieder des Staatsministeriums und Großh. Kommissarien haben jederzeit bei öffentlicher und geheimer Sitzung der Kammer und aller Ausschüsse Zutritt und müssen bei allen Diskussionen gehört werden, wenn sie es verlangen.“

(Statt dessen beantragt die Kommission folgende Fassung: „Die Minister u. haben jederzeit bei öffentlicher und geheimer Sitzung der Kammer Zutritt und müssen u.“ mit folgendem Zusatz: „Wenn eine Vorberathung in einem besondern Ausschusse stattfindet, so treten zur vorläufigen Erörterung der Entwürfe die landesherrlichen Kommissarien mit den ständischen Ausschüssen zusammen, so oft es u.“)

Schließlich stellt die Kommission den Antrag: „Hohe Kam-

mer wolle dem Gesetze mit den vorgeschlagenen Aenderungen die Zustimmung ertheilen“, und unter Voraussetzung des Zustandekommens dieses Gesetzes:

„Hohe Kammer wolle diese, oder eine sonst zu wählende Kommission beauftragen, die seitherige Geschäftsordnung zu revidiren und einen Entwurf mit den zweckmäßig gefundenen Aenderungen vorzulegen.“

† Karlsruhe, 28. Okt. 15. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Kirsner.

Am Ministerisch: Staatsminister des Innern Dr. Jolly und Ministerialrath A. Eisenlohr.

Nach Eröffnung der Sitzung werden von dem Sekretariat Petitionen angezeigt (wir werden dieselben nachtragen). Sodann zeigt Abg. Paravicini und Huffschild an, Ersterer, daß der Kommissionsbericht über das Budget des Großh. Handelsministeriums mit Ausnahme desjenigen des Wasser- und Straßenbaues in den Kommissionen erstattet seien, und bitten um Druckgenehmigung, welche ertheilt wird. Hierauf zeigt Abg. v. Feder an, daß er in einer der nächsten Sitzungen eine Anfrage an das Großh. Handelsministerium über folgende Punkte richten werde:

1) Nach welchen Grundsätzen verfährt das Ministerium bei Ertheilung von Konzessionen an Lebensversicherungs-Anstalten?

2) Beabsichtigt das Ministerium, das System der KonzeSSIONSORDNUNG auch fortan beizubehalten, oder es aufzugeben?

3) Glaubt das Ministerium im Falle der Beibehaltung des KonzeSSIONSsystems die bisherigen Bedingungen der KonzeSSIONS-, resp. die Kontrolle angelegter neuerer Vorgänge nicht verschärfen zu müssen?

4) Welche Schritte gedenkt das Ministerium angeht dieser Vorgänge zu thun, um die Interessen der in auswärtigen Lebensversicherungs-Anstalten versicherten Staatsangehörigen sicher zu stellen?

Sodann stellt derselbe, gestützt auf § 44 der Geschäftsordnung, den Antrag, das hohe Haus wolle vorerst auf die Berathung des vorliegenden Gesetzentwurfs und Kommissionsberichts nicht eingehen, sondern denselben an die Kommission zurückweisen zur nochmaligen Berathung unter Zugrundlegung folgender Verbesserungsvorschläge: Ein-Kammer-System, direktes Wahlrecht, 3-jähriges Mandat, einjährige Budgetperiode, Eidesleistung des Thronfolgers auf die Verfassung vor versammelter Kammer, Beschränkung der Gültigkeit provisorischer Gesetze.

Abg. Kusef: Nach § 43 der Geschäftsordnung sei der Antrag des Abg. v. Feder zur Diskussion nicht geeignet, denn es beziehe sich nur ein Punkt, das direkte Wahlrecht, auf den heutigen Gesetzentwurf, die übrigen Forderungen gehörten nicht zu der heutigen Diskussion; daher stelle er den Antrag, auf diese Diskussion nicht einzugehen.

Staatsminister Dr. Jolly: Er schließt sich dem Antrag des Abg. Kusef an, denn nur der eine Theil der Vorschläge des Abg. v. Feder könne heute Gegenstand der Debatte sein; die übrigen eigneten sich allenfalls zu einer Motion, es sei deshalb der von dem Abg. v. Feder eingeschlagene Weg nach der jetzigen Geschäftsordnung nicht der richtige.

Abg. Lamey: Es sei bisher Sitte gewesen, sich auf diejenigen Verbesserungsvorschläge zu beschränken, die sich auf den vorliegenden Gesetzentwurf bezogen, dies habe der Abg. v. Feder mit seinen Vorschlägen nicht bestritten. Manche dieser Vorschläge seien vollkommen annehmbar, allein sie gehörten in eine besondere Motion, wo sie wegen ihrer Wichtigkeit vorher besprochen werden könnten. Daher könne man heute auf den Antrag nicht eingehen. Er stimme für den Antrag des Abg. Kusef.

Abg. Kiefer spricht ebenfalls gegen den Antrag des Abg. v. Feder, da die Kommission diese Vorschläge nicht berathen könne, weil die Kammer noch nicht die Initiative habe. Sei dies der Fall und bringe Abg. v. Feder dann eine Motion ein, so werde diese berathen und ein Beschluß darüber gefaßt werden.

Abg. Baumstark schließt sich den Ausführungen des Abg. v. Feder an und bemerkt gegenüber dem Abg. Lamey, daß Abg. v. Feder nur den Antrag zur Prüfung seiner Verbesserungsvorschläge gestellt habe, und da keiner dieser Vorschläge wesentlich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zusammenhänge, so sei der Antrag nach § 43 Abs. 2 und 44 der Geschäftsordnung vollkommen gerechtfertigt, und stimme er daher für denselben.

Abg. v. Feder: Es handle sich hier um eine Verfassungsreform; die Regierung wolle nur einen Punkt verbessern, er aber viele; es bewegten sich jedoch alle im Kreise der Verfassung; er müsse deshalb gehört werden nach dem § 43 der Geschäftsordnung und nach der Praxis der beiden Kammern. Schon dreimal seien Vorschläge über Verfassungsreformen den Kammern vorgelegt worden; man solle deshalb einmal gründlich reformiren, damit nicht auf dem nächsten Landtag wieder Reformen nöthig wären. Er wiederhole daher seinen Antrag.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag des Abg. v. Feder mit allen gegen 9 Stimmen verworfen. (Fortsetzung folgt.)

In der heutigen Sitzung, welche ununterbrochen von Morgens 9 Uhr bis Abends 5½ Uhr dauerte, wurde nur die allgemeine Diskussion zu Ende gebracht. Die spezielle Diskussion wird auf morgen früh 10 Uhr vertagt.

† Karlsruhe, 28. Okt. 17. Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 30. Oktbr. Morgens 11 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Kommissionsberichts über die mit den Regierungen von Bayern, Frankreich, Hessen, Niederlanden und Preußen vereinbarte revidirte Rheinschiffahrtsakte; Bericht erstatter: Frhr. v. Gemmingen. 3) Berathung des Berichts des Geheimraths Dr. Bluntzli über den Gesetzentwurf, betreffend das Verfahren bei Ministeranfragen.

Vermischte Nachrichten.

— Letzte Woche fing in der Nähe der Insel Mainau ein Fische mit-
telst der Angel einen Riesenhecht von 4 Fuß Länge, 1 Fuß Breite
und 22 Pfund Gewicht. Das Bräckeremplar wurde für 6 fl. nach
Basel verkauft. (Konst. Zt.)

— Einer von Bremen und Karlsruhe ausgegangenen Anregung
zufolge hat der Ausschuss des Berliner Vereins zur Förde-
rung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlech-
tes im Einverständnis mit den Intentionen der Frau Kronprinzessin
von Preußen, als seiner Protektorin beschloffen: Die für Förderung
höherer Bildung und Erwerbsfähigkeit der Frauen thätigen Vereine
Deutschlands zu einer Konferenz am 5. und 6. November d. J. nach
Berlin einzuladen. Ohne den anderweitigen Vorschlägen der Kon-
ferenz vorgreifen, werden nachstehende Gegenstände zur Beratung
in Vorschlag gebracht: 1) Die Anbahnung eines regelmäßigen Ver-
kehrs und Meinungsaustrausches unter den in Deutschland und im
Auslande bestehenden verwandten Vereinen, 2) die Einrichtung der
für Frauen bestimmten Fachschulen, 3) die Arbeitsnachweisungs-An-
stalten, 4) die Verkaufshallen für weibliche Arbeitserzeugnisse und die
Erwerbsgesellschaften der Frauen, 5) die berufsmäßige Ausbildung
der Frauen zur Krankenpflege auch außerhalb der bestehenden kirch-
lichen Organisation.

* Die atlantischen Kabel. Die gegenwärtigen Umstände
sind wenig danach angethan, die Projekte einer deutsch-amerikanischen
Telegraphenverbindung zu ermutigen, und es ist nicht zu verwun-
dern, daß das Kapital zur Herstellung eines neuen deutsch-englischen
Kabels im Anschlusse an die englisch-amerikanische Kabelkompanie in
Berlin nicht flüssig zu machen war, wenn man die Geschäfte der bei-
den bestehenden transatlantischen Kompagnien etwas näher ins Auge
faßt. Die letztwöchentlichen Ausweise der französischen Gesellschaft
zum Beispiel zeigen in den Gesamtsummen (1636 Pfd. St.) wie-
derum eine Abnahme von 252 Pfd. St. gegen die Vorwoche und die
Aktien stehen auf 16 1/2 %/100. Die englische Kompagnie hat zwar
leibliche Einnahmen, aber das ganze Geschäft — und noch mehr —
säumt mit Leichtigkeit durch ein Kabel befördert werden, oder wird
sogar durch ein einziges Kabel befördert, denn das zweite ist nach dem
letzten Bruch noch immer nicht ausgeführt worden, da das schlechte
Wetter das Auslaufen des mit den Apparaten zur Ausbesserung ver-
sehenen Dampfes verhindert hat. Es ist schon früher bemerkt wor-
den, daß dies die fünfte Unterbrechung wäre, welche der telegraphische
Verkehr zwischen England und Amerika erleiden würde, wenn er
— obwohl die Leistungsfähigkeit eines einzigen Kabels nicht überzeu-
gend — auf das 1866 gelegte Kabel beschränkt gewesen wäre. Das
glücklich wieder aufgelegte Kabel von 1866 hat seither noch keinen Un-
fall erlitten, was dem Umstande zugeschrieben wird, daß dasselbe durch
einen sorgfältig ausgewählten Kanal läuft, während das von 1866
über rauhe versteinerte Felsblöcke und in schlechtem Wetter gelegt wurde.

Badische Chronik.

Δ Karlsruhe, im Oktober. (Merkel's Log.) Am 23. Oktober d. J.
ist in einem Alter von 51 Jahren der Direktor des Taubstummen-
Instituts zu Neersburg, der vormalsge Oberlehrer Georg Fried-
rich Pflüger, gestorben. Der Tod dieses Mannes hat nicht bloß
seine Gattin und 2 Kinder in Trauer versetzt, sondern auch einen
großen Kreis von Freunden und Bekannten, und insbesondere den ganzen
Lehrerstand des Landes tief bewegt. Sein Name ist mit der gesamm-
ten Entwicklung des Volksschulwesens der neuern Zeit und mit allen
Bestrebungen zur Erhebung und Verbesserung des Erziehungs- und
Unterrichtswesens auf dem Gebiet der Volksschule so innig verwebt,
daß sein Leben und Wirken eine kurze Darstellung in diesen Blättern
verdiene.

Er wurde im Jahre 1818 zu Schopfheim im Wiesenthal geboren,
besuchte die dortige Volksschule und das Pädagogium, und bildete sich
im Seminarium zu Karlsruhe als Volksschullehrer aus. Von seinen jun-
gen Jahren an besetzte ihn der Trieb, sich auf dem Grunde ernster,
wissenschaftlicher Studien für seinen Beruf tüchtig zu machen, und so
widmete er sich, von einem klaren Verstand, von heller Auffassungsga-
be, von einem bewundernswürdigen Gedächtnis unterstützt, mit
Fleiß und Eifer seiner eigenen Weiterbildung, und eignete sich eine
gründliche Kenntnis aller der Wissenschaften an, die mit der Schule
zusammenhängen und ihren Zwecken dienen. Auch besaß er die Gabe,
seine Gedanken und Entschlüsse in prosaischer und poetischer Form,
klar und überzeugend, geistreich und sinnig, auszusprechen. Er be-
theiligte sich an der Herausgabe eines badischen Schulblattes, und lie-
ferte in verschiedenen pädagogischen Zeitschriften wertvolle Aufsätze. Von
bleibendem Werth für die Schule ist die von ihm herausgegebene
„badische Vaterlandskunde“, seine „Sammlung von deutschen Musterjahren“,
seine „Anleitung zum deutschen Sprachunterricht“ und seine „Lieder-
hefte“, welche in hübscher Ordnung zum schönen Volksgefang in
den Schulen eine richtige Anleitung geben und die Verehrung des
kindlichen Gemüthes zum Zweck und zur Folge haben. Mit Musik
und Gesang war er wohl vertraut: sein Vortrag über das deutsche
Volkstlied, den er vor einigen Jahren in zwei Kreisen dahier gehalten
hat, war nach Form und Inhalt meisterhaft gelungen und hat den
tiefsten und freudigsten Eindruck bei allen Hörern hervorgerufen. Etliche
Jahre hindurch stand er der höheren Lehrerschule in Nassau vor und
wurde dann an die gleiche Anstalt in Pforzheim versetzt, welche An-
stalt unter seiner Leitung sich alsbald das ehrenvollste Vertrauen er-
warb und geradezu als eine Zierde der Stadt gegolten hat. Die Liebe
und Achtung, welche ihm die Bewohner dieser Stadt für sein ver-
dienstvolles Wirken darbrachten, hat er auf das Schönste erwidert, in-
dem er als Ergebnis seiner mehrjährigen Forschungen und Studien die
„Geschichte der Stadt Pforzheim“ in einem Werke von anerkannter
wissenschaftlicher Bedeutung veröffentlichte.

Als das Bedürfnis einer erhöhten Volksbildung gleichsam als Grund-
bedingung der erlebten bessern Zeit sich fühlbar machte und der Auf-
nach Erhebung und Besserung des Volksschulwesens ertönte, wurde sein
Name unter den Männern genannt, welche zur Anbahnung und Er-
ringung dieses Zieles durch ihre wissenschaftliche Bildung und prak-
tische Begabung als vorzugsweise befähigt galten. Bei Errichtung des
Oberschulraths im Jahr 1862 wurde er als Mitglied desselben ernannt
und als solches betheiligte er sich an allen organisatorischen Arbeiten
dieser Behörde auf dem Felde der Volksschule in einfachvoller, ge-
schickter und erfolgreicher Weise. Ihm war der Zweck und die Auf-
gabe der Volksschule durch eigene Erfahrung vollkommen klar, Maß
und Ziel jedes Unterrichtsgegenstandes in derselben bekannt und die
richtige Art der Behandlung des Unterrichts durch mehrjährige Übung
und praktische Anwendung geläufig. Der Ernst, mit dem er seine

Berufsgeschäfte betrieb, die Gründlichkeit, womit er seine Aufgabe be-
handelte, machte seine Arbeit geübt und fruchtbar. Es war ein
Genuss zu sehen, wie er bei Schulprüfungen die Herzen und die Lip-
pen der Kinder öffnete und wie er beim Examinieren zugleich die
rechte Methode der Unterrichtsbereitung zu zeigen verstand. Seine
Personalkenntnis und seine Freundschaft gewann ihm die Liebe und
Anhänglichkeit der Lehrer, so daß sie in ihm den künftigen Vorgesetzten,
aber auch den treu besorgten Freund und Berater verehrten. Als
Mitglied der Oberschulbehörde unterzog er sich der Aufgabe, ein „Le-
sebuch“ zu verfassen, welches den verschiedenen Stufen der Volksschule,
dem Sprach- und Realunterricht als Leitfaden dienen und den Stoff
darbieten sollte.

Ein solches Lesebuch war schon seit vielen Jahren verheißt und von
den Lehrern ersehnt. Seine gründliche Belesenheit, seine Bekanntschaft
mit der deutschen Literatur, seine Einsicht, in wie weit die Erzeug-
nisse und die Gaben des deutschen Sprachschöpfers für die Volksschule
zu verwerten seien, seine gediegene Kenntniss der deutschen Gramma-
tik, der Naturkunde, der Erdgeschichte und Geschichte haben ihn be-
sonders befähigt, hierin für die Schule eine richtige Auswahl zu treffen.
Die zweite Stufe dieses Lesebuchs ist zuerst erschienen, wurde von
den Lehrern mit Freuden begrüßt, von den Schülern gern gebraucht,
und hat sich alsbald Eingang in die Schulen verschafft. Die maß-
losen Angriffe jedoch, die dasselbe von kirchlicher Seite erleiden mußte,
haben ihm schwere Kämpfe bereitet, und die Peile, die gegen sein mit
guter Absicht und fundiger Hand zusammengetragenes Werk geschleu-
dert wurden, haben sein eigenes Herz verletzt und verwundet, zumal
dieselben nicht in das Del der Mißde und Gerechtigkeit getaucht
waren. Im vorigen Frühjahr erfolgte sein Auscheiden aus der Ober-
schulbehörde, und wurde ihm die Direktion der Taubstummenanstalt
in Neersburg übertragen.

Zu gleicher Zeit stellte sich eine Herzkrankheit bei ihm ein, die ihm
das Athmen beschwerte und zogegen er durch den Gebrauch einer
Badekur Heilung versuchte. In diesem Frühjahr wurde er als Mit-
glied einer Kommission berufen, welche in Karlsruhe mit den Mit-
gliedern des Oberschulraths und mit den Kreis Schulräthen die zu er-
lassenden Verordnungen über Schulordnung und Lehrplan für die
Volksschule zu beraten hatte, und wobei seine gründliche und ge-
diegene Sachkenntnis abermals eine erfreuliche Geltung und Verwer-
thung erlangte. Bald nachdem er wieder in seinen neuen Aufenthalts-
ort zurückgekehrt war, wurden seine Freunde durch die Nachricht von
seiner Erkrankung betrauert und vor kurzem durch die Botschaft seines
Todes in Trauer versetzt. Sein Andenken aber bleibt in den Schulen
des Landes in Ehren und Segen.

Der „Bad. Beobachter“ vom Donnerstag 28. d. eröffnet seine
Rubrik „Ausland“ mit den Worten: „O Paris, 26. Okt. Heute
Morgen erschien im amtlichen Blatte folgende Proklamation des
Kaisers: „Napoleon III., Kaiser der Franzosen, an das
französische Volk, Franzosen!“ Das Ganze ist eine großartige
Rhetorikation. Es kam jeder Reduktion einmal etwas Menschliches
passiren; wie man sich aber entschließen konnte, ein solches Nachwerk,
das die Unächtheit handgreiflich an der Stirne trug, an einem Ort, der, wie
Karlsruhe, kaum 13 (Zeit-) Stunden von Paris entfernt ist, am 27.
als Act und im vollen Ernst abdrucken zu lassen, nachdem bereits Tage
vorher zahlreiche Telegramme über den Verlauf des 26. Okt. berichtet
hatten, die gewiß von einem so wichtigen Aktensstücke gesprochen hätten,
wenn es wirklich im „Journ. officiel“ erschienen wäre — Telegramme,
welche der Redaktion des „Bad. Beob.“ selbst aus andern Blättern
bereits am 26. Abends und 27. Morgens früh bekannt sein konnten —
und nachdem am 27. bereits die ausführlichsten brieflichen Nachrichten
vorlagen, das ist uns einfach nicht fasslich. Wir würden die Sache
gar nicht erwähnen, wenn wir nicht aus der Erfahrung wüßten, daß
es Leser genug gibt, die so naiv sind, daß man ihnen die Verwunde-
rung zutrauen darf, warum wir von einer so wichtigen Kund-
gebung geschwiegen haben. Gekündigt bemerkt, kündigt belagter Im-
perator mysticus u. A. den Franzosen an, das Kriegsministerium
werde künftig den Titel des „Entwaffnungsministeriums“ an-
nehmen und das Finanzministerium werde künftig heißen: „Ministe-
rium der Finanzen und der Steuerentlastung“. Wer lacht da?
— Schließlich noch die Notiz, daß auch die „köstl. Volkszeitung“ auf
der gleichen Kibber angebissen hat.

* Pforzheim, 27. Okt. Der am letzten Samstag in Neers-
burg erfolgte Tod des seit längerer Zeit sehr leidenden Direktors der
dortigen Taubstummen-Anstalt, Oberschulrath Pflüger, hat sicher-
lich in allen Theilen des Landes, und namentlich unter dem Stande
der Volksschullehrer die größte Theilnahme gefunden. An keinem an-
dern Orte kann aber die Theilnahme über den frühen Tod des tüch-
tigen Schulmannes größer sein als hier, da der Heimgegangene wäh-
rend 13 1/2 Jahren als Vorstand der hiesigen höheren Lehrerschule
wirksam war. Der rasche Aufschwung und der andauernde blühende
Stand der genannten Lehranstalt, die unter Leitung des Verstorbenen
gegründet und von 1849 bis 1862 fortgeführt wurde, hatten demselben
bald die allgemeine Achtung und Werthschätzung sowohl in hiesigen,
als auch in andern Kreisen erworben. Dazu kam auch, daß Hr.
Pflüger sich durch eine ausführliche Bearbeitung der Geschichte der
Stadt Pforzheim um dieselbe im hohen Grade verdient gemacht hatte.
Darum auch wird der Heimgang des allzu früh Verstorbenen hier von
Jedermann tief bedauert.

* Von der Elz, 28. Okt. Die Feld- und Feldweg-Ver-
legung der Grundstücke im Ferneder Thal, Wolfenthal und
Friedrichthal der Maltersberger Gemarkung ist nunmehr zu Ende ge-
führt und war gestern Tagfahrt durch den Bezirksbeamten zur Er-
hebung etwaiger Erinnerungen und Beschwerden dagegen anberaumt.
Aber nicht eine einzige Beschwerde gegen die Art und Weise der Aus-
führung wurde erhoben oder geltend gemacht; und konnte somit das
Unternehmen, welches vom Anfang bis in die Mitte der Durchfüh-
rung von so vielen theilhaftigen Besitzern mit stetem Mißtrauen
angesehen wurde, für vollgültig erklärt und die Grundbesitzer in
ihren neuen Besitzstand eingeweiht werden.

Was den Umschlag bei vielen mißtrauischen Betheiligten zur Folge
hatte, können wir dahin konstatiren, daß die Vollzugskommission stets
bestrebt war, den Interessenten die Art und Weise der Ausführung
offen vor die Augen zu führen und deutlich zu machen, so daß Jeder
sich vorher die neue Lage und die Verthe seiner Grundstücke sich an-
nähernd feststellen und berechnen konnte; sojann aber auch rührt es
von der anerkennenswürdigsten Thätigkeit und Opferwilligkeit der
größentheils selbst dabei als Grundbesitzer theilhaftigen Mitglieder der
Vollzugskommission, des Bürgermeisters und einiger intelligenten Rand-
wirthe her, und wir zweifeln nicht, daß dieses glücklich vollendete Un-
ternehmen als Vorbild und Muster für solche Gemeinwesen dienen wird,
wo Feld- und Feldtheilungsverbesserungen notwendig sind.

Heidelberg, 24. Okt. (Heidelb. Zig.) Vor kurzem ist der
neueste Jahresbericht über die hier bestehende Luffen-Heilan-
stalt für kranke Kinder erschienen. Diese Anstalt befindet sich jetzt
in einem eigenen Hause an der Hohenbächer Straße und steht unter der
Direktion der Profess. medic. v. Dusch und Oppenheimer. Die
Gesamtzahl der im letzten Rechnungsjahre behandelten Kinder belief
sich auf 81, darunter 39 Knaben und 42 Mädchen vom 1. bis 17.
Lebensjahr. Die meisten waren aus der näheren Umgebung der Stadt,
d. h. dem Kreise Heidelberg, sowie dem Oberrhein und der bayerischen
Pfalz. Als geheilt wurden 44 entlassen, als gebessert 8, als ungeheilt
6. Acht sind in der Anstalt gestorben. Die Einnahmen der Anstalt,
zunächst in freiwilligen Geschenken bestehend, beliefen sich auf 4167 fl.
55 kr., die Ausgaben auf 3721 fl. 38 kr., der baare Kasseneff hier-
nach 446 fl. 17 kr. Der Vermögensstand beträgt im Ganzen, nach
Abzug der Passiva, 7497 fl. 7 kr. Den Hauptbestandtheil des Ver-
mögens bildet das eigenthümliche Haus, auf 12,000 fl. geschätzt, wo-
rauf jedoch eine Hypothek von 6000 fl. ruht. Unter den Geschenken
zu Gunsten der Anstalt steht die Frau Großherzogin, deren Namen
die Anstalt führt, wie gewöhnlich mit einer Beisteuer von 100 fl. oben
an. Dem Berichte ist eine Abhandlung über die zweckmäßigste Erich-
tung der „Kinderstuben“ angefügt.

Mannheim, 26. Okt. (Mannh. J.) Die plastische Gruppe für
das diesseitige Portal der stehenden Brücke ist hier angekommen; die
Aufstellung findet von morgen an statt.

Schwetzingen, 25. Okt. (Schw. W.-Bl.) Heute Nachmittag
4 Uhr wurden die herlichen Ueberreste des Stadtkommandanten Hr.
v. Reithaler, Oberst des groß. Invalidentorps, unter militäri-
schen Ehren zur Erde bestattet. Von Mannheim hatten sich die Offi-
ziere des dort garnisonirenden Militärs, sowie die Kapelle des dort
garnisonirenden Militärs, sowie die Kapelle des Leib-Drägerregiments
zur Leichenfeierlichkeit eingefunden. Den Richtzug eröffnete die Mi-
litärmusik, ihr folgte eine Abtheilung der hier garnisonirenden Dra-
goner, denen sich die Offiziere, das Invalidentorps, die Spigen der
Zivilbehörden sowie die Bürgerwehr angeschlossen. — Die Beisetz-
ung fand unter den üblichen militärischen Zeremonien statt.

Muckenthal, 25. Okt. (Wort.) Schon seit Ende September
wird dahier der Robert Kerle von Erlendach vermisst. Man hatte
nun Ende voriger Woche auf der Straße von Willigheim nach Ragen-
bach die Kleider desselben in zerfallenem Zustande aufgefunden und
mußte der Verdacht eines Verbrechens, das hier vorliege, um so mehr
aufkommen, als allgemein bekannt war, daß Robert Kerle, welcher
vor etwa 6 Jahren die Tochter des Burkard Herkert von hier geheiratet,
in stetem Jank und Streit mit seinen Angehörigen und Schwieger-
vater lebte. Das groß. Amtsgericht Mosbach erschien daher auch
schon gestern mit mehreren Gerichtsbeamten, um in dem Hause der An-
gehörigen des vermissten Robert Kerle Untersuchung in der Sache zu
pflegen. Wie verlautet, hat der Knecht Brauch bereits ein Verhör
dahin abgelegt, während er mit Robert Kerle zu Nacht gegessen habe
und sich Niemand sonst in der Stube befand, habe Burkard Herkert
seinen Schwiegersohn meuchlings angefallen und todtgeschlagen. Dieser,
seine Tochter, seine Schwester, sowie der Knecht Brauch wurden gestern
sofort verhaftet. Burkard Herkert soll sich im Mosbacher Amtsgefäng-
nis heute erbangt haben. Die Leiche des erschlagenen Robert Kerle
konnte bis heute noch nicht aufgefunden werden, man setzt jedoch die
Nachforschung sorgfältig fort.

Mannheim, 27. Okt. Gestern Abend fand das erste Akademie-
konzert statt. Die „Akademien“ sind jedes Jahr ein Winter-Ereig-
nis; um so bedauerlicher war es, daß die Unzulänglichkeit der Ge-
bühnen der Beschaffung von ausgezeichneten Solokräften hindern in den
Weg trat. Diese zu beschaffen hat jetzt ein Konzertverein durch an-
sehnliche Beisetzungen unternommen. Schon die erste Akademie hat nun
auch gleich zwei Künstlerinnen vorgeführt, von denen die eine, die
jugendliche Klaviervirtuosin Emma Brandes, in ihrer und der
hiesigen Presse nach Verdienste gefeiert wurde. Um die Palme des
Beifalls und Hervorruf wetteiferte gestern mit ihr Fräulein Natalie
Carola, eine Sängerin, welcher von England sehr ehrenvoller Ruf
vorgeht, wie wir zu wissen glauben ein badisches Kind, welches sich
unter angenommenem Namen in die Kunstwelt eingeführt hat. Eine
große Arie aus Costa's „Gli“, ein Schumann'sches Lied, ein russisches
Volkstlied und als Dank auf den mehrfachen Hervorruf ein französis-
ches Lied zeigten die Künstlerin als eine mit prächtigen Stim-
mitten begabte, von Gefühl und künstlerischem Verständnis geborene
Sängerin besser Schule — von Fiorbot-Garcia — welche namentlich
in Koloratur und Fiorituren Großes leistet, als man sonst von einer
Megerin des ersten Kirchenganges, in welchem sie hiesig sich aus-
zeichnete, zu erwarten gewohnt ist. Außer rühmlicher Bewandlung im
Vortrage, die namentlich im russischen Volkstlied die Zuhörer hinst, er-
verdiene die seltene Gabe einer bis in die letzten Nuancen deutschen
Ausprache alle Anerkennung.

* Hopfenmarkt Mannheim, vom 27. Oktober. Offizieller
Bericht des Marktkomitees. Die regnerische Witterung war Anlaß,
daß der Markt heute nur mit 144 Ballen besahren wurde, zu welchen
noch etwa 30 Ballen kamen, welche im Laufe der Woche angebracht
und am vorigen Markte eingestellt waren. Die ganze Zufuhr wurde
im Laufe des Tages bis auf zwei Parthien verkauft, zu Preisen:
Für gewöhnliche Marktwaare 70 fl. — à 85 fl. —, für ausgesuchte
Marktwaare bis 95 fl. — Für hoch prima Badische wurden 105 fl. —
begehrt, für 1868er je nach Qualität, 25 fl. — à 35 fl. bezahlt.
1867er blieben unbeachtet. Die Stimmung war ruhig, aber fest, und
der Verlauf des Marktes bewies von neuem die gesunde Lage des
diesjährigen Geschäftes. — Wenn, wie zu erwarten ist, auch England
bald als Käufer aufzutreten wird, so steht ein neuer Aufschwung in
sicherer Aussicht.

Frankfurt, 28. Okt. Nachm. Destr. Kreditaktien 231/2, Staats-
bahn-Aktien 366 1/2, Silberrente 56 1/2, 1860er Loose 76 1/2, Ameri-
kaner 88.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 29. Okt. 4. Quartal. 112. Abonnementsvor-
stellung. Der Troubadour, Oper in 4 Akten, von Verdi,
Mampico — Hr. Eisenbach vom Stadttheater in Königs-
berg als Gast.

